

Maßnahme

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 10 Mai 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährlich S — 90

Oesterreichische Krise

Der 24. April hat jenen Prozeß, den wir linken Kommunisten schon 1930 aufgezeigt haben, mit voller Wucht zum Ausdruck gebracht. Darob große Bestürzung im Lager der Rothschildparteien. Zwei von ihnen (Großdeutsche und Landbund) leben nur noch als Schatten von gestern, während die Christlichsozialen unter das Hackmesser der Nationalsozialisten gekommen sind und der Einfluß der SP auf die kleinbürgerlichen Massen vom Hakenkreuz hart bedrängt wird.

Die maßgebenden Kreise der oesterreichischen Bourgeoisie, nach deren Interessen und Wünschen die Christlichsozialen ihre Politik einrichten, sehen sich zwischen zwei Sthle gesetzt. Die konservativ eingestellten kleinbürgerlich-bäuerlichen Massen fliehen ins Lager des Hakenkreuzfaschismus; die soziale Basis der Bourgeoisie verschiebt sich nach rechts, zum offenen Faschismus. Während die Christlichsozialen die Hauptverantwortung für die Rothschildsanierung und die gesamte Bankenkorruption tragen und gegenwärtig im Auftrag der Bourgeoisie die Verhandlungen über Uebernahme der durch die Bundeshaftung übernommenen Verpflichtungen (1680 Millionen Schilling) der Credit-Anstalt mit dem französischen Bankkapital führen, toben die Hakenkreuzler gegen das Parlament, in dem die bürgerlichen Parteien ihre Mehrheit verloren haben, und fordern Neuwahlen. Bei Neuwahlen würden aber nicht nur die Schober-Parteien, sondern auch die Mahnschwnzler nicht mehr in das Parlament einziehen und die Christlichsozialen hätten keine andere Wahl, als entweder mit den Sozialdemokraten oder mit den Hakenkreuzern zu regieren. Und damit offenbart sich die ganze Labilität des gegenwärtigen Regimes.

Die Bourgeoisie kann gegenwärtig keine Neuwahlen brauchen; sie versucht sie zu verhindern. Die Gegensätze in der herrschenden Klasse — französische oder deutsch-italienische Orientierung — widerspiegeln die völlige Abhängigkeit vom Auslandskapital. Die Nationalbank ist am Ende. Die letzten Reste von Devisen sollen durch die am 1. Juni und 1. Juli fälligen Abschlags- und Zinszahlungen für die verschiedenen Auslandsanleihen abfließen. (Insgesamt sind 70 Millionen Schilling fällig — dem ein Gold- und Devisenbestand von 213 Millionen Schilling gegenübersteht, davon sind 190 Millionen Schilling Darlehen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und der Bank von England.) Die Krise verschärft sich unter dem lähmenden Druck der Devisenverordnungen und des Einfuhrverbotes immer mehr. Faktisch steigt trotz der Saison die Zahl der Arbeitslosen. Das Diktat des Ententekapitals, dem Staat die Schulden der Credit-Anstalt in 40 Jahresraten zu je 42 Millionen Schilling jährlich anzubhren, bringt die oesterreichische Bourgeoisie völlig in die Abhängigkeit Frankreichs, in dessen Bankgewlben sich das Gold häuft.

Daher der hartnäckige Widerstand der Regierungsparteien gegen Neuwahlen, die gerade in der jetzigen Periode, wo die Bourgeoisie wirtschaftlich Frankreich ausgeliefert ist, eine höchst kritische Lage gegenüber Frankreich heraufbeschwören müßten. An eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Nationalsozialisten zum Zwecke der Vollendung der Rothschild-Sanierung durch die Uebernahme der 1680 Millionen Schilling Credit-Anstalt-Schulden durch den Staat ist vorderhand nicht zu denken, denn eine Koalition zu diesem Zweck wäre für die Nazi als zur Macht strebende Partei Selbstmord. Und eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten zum Zwecke der Ueberwlung der Milliardenschulden der Credit-Anstalt auf die breiten Massen der Arbeiter und Bauern scheitert im voraus an den Parteiinteressen der Christlichsozialen als auch der Sozialdemokraten.

Daher würden Neuwahlen, in deren Mittelpunkt die Ueberwindung von 42 Millionen Schilling Credit-Anstalt-Schulden auf die Massen stehen, nicht nur die Kluft in der herrschenden Klasse (französische oder deutsch-italienische Orientierung) vertiefen, sondern entgegen den gemeinsamen Interessen der beiden Bourgeoisefraktionen die breiten Massen auf das tiefste aufwühlen. Daher der Versuch der Regierungsparteien, noch vor Neuwahlen die Verhandlungen mit den ausländischen Bankgewaltigen unter Druck zu bringen. Ist dieser Raubzug — der nur mit dem Durchbruch der gegenwärtigen Lohnbasis und der sozialpolitischen Front zu realisieren ist — von der gegenwärtigen Regierungspartei, den Christlichsozialen, mit oder ohne Parlament durchgesetzt, das heißt, sind die Nazi vor die vollzogenen Tatsachen gestellt, werden sich die Nazi und Christlichsozialen schon finden... denn dann geht es ja nur gegen den gemeinsamen Feind, gegen die Arbeiterklasse.

Aber gerade die lähmende Wirkung zur entscheidenden Aktion, die sich die beiden Fraktionen der oesterreichischen Knterrevolution in ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit vom

Wir oder die andern!

Es reicht fast schon an Sentimentalität, wenn man heute, wo die Not und das Elend, welche die herrschenden Erscheinungen sind, schildern will. Dieser Zustand ist schon vor so langer Dauer, daß viele Proletarier schon geneigt sind, sich damit abzufinden. Aber nichts ist so schlecht, als daß es nicht noch schlechter werden könnte. Daher saniert die Bourgeoisie weiter darauf los und jetzt geht es erst um das Ganze.

1.680.000.000 Schilling

Ist die Regierung bereit, in die Taschen jener Finanzhaie zu schieben, die ihr Geld bei der bankrotten Rothschildbank verloren haben. Prolet und Bauer, wer gibt dir Ersatz, wenn du dein Geld schlecht angelegt, verjuxt oder verloren hast? Wer gibt dir Ersatz für die Kronen, die dir der Staat durch die Inflation geraubt hat? Wer gibt dir Ersatz für Teuerung oder Mißernte? Arbeitsloser, dir raubt man den letzten Groschen Unterstützung, Bauer, dir treibt man die letzte Kuh aus dem Stalle und dem Gewerbetreibenden pfndet man das Letzte, was er aus besseren Tagen erbrgt hat, für rückständige Steuern.

Aber den Geldknigen in Paris und London, die Millionen für ihren Luxus verpulvern, dem Herrn Rothschild und seinen Adonatoren, denen will man aus den Steuergeldern der Werksttigen ihre verwirtschafteten Millionen zahlen.

Derselbe Staat, der abermals, bedrängt durch ein Defizit, sich anschiekt, den Bundesangestellten die Gehälter zu kürzen, den Arbeitslosen die Unterstützung zu rauben, den Eisenbahnern die Bezüge und Pensionen abzubauen, ist bereit, jährlich 42 Millionen Schilling in 40 Jahresraten an die Reichster der Reichen abzuliefern. Woher das Geld nehmen, wenn die Regierung die derzeitigen Ausgaben mit den Einnahmen nicht decken kann. Woher will die Regierung abermals 42 Millionen Schilling jährlich nehmen?

Von uns Arbeitern, Angestellten, Gewerbetreibenden, Landarbeitern und armen Bauern, die wir schon am Hungertuche nagen, von den Arbeitslosen, die buchstäblich hungern und verhungern.

Für wen hungert wir und für wen sollen wir noch mehr hungern? Für die Wirtschaftsführer, die ihr Kapital verwirtschaftet, verjuxt, verlutert und verspekuliert haben. Für die Kreugers, Lahusen, Dertling, Rothschilds, Siegharts, Neuraths und Ehrenfest!

Für die Hitlers und Starhembergs, die sich mit unserem Blute sanieren wollen.

Für den bankrotten Kapitalismus, der die Betriebe sperrt, Waren vernichtet, die Produktion drockelt und Lebensmittel ins Meer wirft, während unsere Kinder hungern und ganze Völker verhungern.

Die Regierung ist bereit, 1680 Millionen Schilling aus uns herauszupressen, um sie den Gästen der Luxushotels, den Besuchern von St. Moriz und Monte Carlo, den Besitzern von Luxusjachten und Palästen, in die Taschen zu stopfen.

Dieselbe Regierung sperrt alle Investitionsarbeiten und vergrößert die Arbeitslosigkeit mit der Begründung, sie habe kein Geld. Sie raubt uns die Löhne, Arbeitslosenunterstützung, Pensionen, legt uns Massensteuern auf, um die Rothschilds und van Hengels zu sanieren. Sie bezhlt dem ausländischen Generaldirektor van Hengel täglich

2000 Schilling,

während sie unseren Kindern das letzte Stück Brot nimmt.

Und die sozialdemokratischen Führer, sie versuchen, den bankrotten Kapitalismus gesund zu kurieren, indem sie durch ihre staatserhaltende Politik und ihre Kapitulation vor den faschistischen Banden verschulden, daß die Arbeiterschaft in ihrer Lebensführung und ihren Rechten tiefer sinkt, als in den mörderischen Zeiten des Frühkapitalismus: Alle Errungenschaften, die sich die Arbeiterbewegung im jahrzehntelangen Kampfe unter dem Banner der revolutionären Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels errungen hat, drohen in der Barbarei des bankrotten Kapitalismus vernichtet zu werden.

Der Reize Proletariat

ist übermächtig, wenn er entschlossen ist, nicht länger zu dulden, wenn er entschlossen ist, für seine Lage zu kämpfen.

Arbeit und Brot!

Keinen Groschen an die Finanzhaie des Auslandes. Zurückziehung der Bundeshaftung für die Credit-Anstalt. Wirtschaftsbndnis mit der Sowjetunion und weitestgehender Ausbau der Handelsbeziehungen mit der UdSSR.

Zur Beschaffung des Kapitals, das zur Finanzierung der Rustungsauftrge erforderlich ist, Zwangsanleihen der Banken und Besitzenden.

Herabsetzung der Massensteuern — Besteuerung der Besitzenden. Sicherung der Arbeitslosenunterstützung für die Dauer der Arbeitslosigkeit. Herunter mit den Luxusgehltern der Wirtschaftsführer und Hofrtte.

7-Stundentag bei gleichem Lohn.

Unentgeltliche Aufteilung des Großgrundbesitzes an Landarbeiter und Kleinbauern.

Beschlagnahme des Kirchenvermögens aller Konfessionen zum Zwecke großzügiger Arbeitsbeschaffung. Elektrifizierung der Bahnen, Straßen- und Brückenbau, Wohnungsbau usw.

Das sind die wesentlichen Forderungen eines proletarischen Notstands- und Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

Proletarische oder kapitalistisch-faschistische Lösung der Krise; so steht die Frage.

Die proletarische Kampfereinheit aller proletarischen Organisationen muß entstehen.

Gegen den Faschismus — für die proletarische Lösung der Krise!

Gegen den Kapitalismus — für den Sozialismus!

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf — es lebe die revolutionäre Kampfereinheit!

Ausland auferlegen, fördert auf beiden Seiten den Pubesckismus. Jetzt hat noch der französische Flügel, der im Wiedererstehen der oesterreichisch-ungarischen Union seine Ziele verwirklicht sieht, die Oberhand. Scheitert die parlamentarische Koalition aller bürgerlichen Parteien, so gibt es für die Bourgeoisie vorderhand keinen anderen Ausweg, als zum Diktaturregime (gestützt auf Staatsgewalt und Heilmwehren) berzugehen, was zu einer Verschärfung der politischen Krise führen muß. Die Lösung des Credit-Anstalt-Problems mit Hilfe Frankreichs ist für die Bourgeoisie eine Lebensfrage.

Aber auch für das Proletariat. Die Sozialdemokratie, die nach außen für Neuwahlen eintritt, wünscht im Herzen nichts schnlicher, als die parlamentarische Lösung des Credit-Anstalt-Problems, die ihr erlauben würde, eine Scheinopposition zu betreiben, ohne das Werk der Regierung zu gefhren, was aber, wenn es überhaupt möglich ist, nur in diesem Parlament geschehen kann. Obwohl das parlamentarische Gewicht der Sozialdemokratie durch die tiefen inneren Gegensätze im Lager der Bourgeoisie im stndigen Steigen be-

griffen ist, erleben wir, daß die Sozialdemokratie von diesem für sie günstigen Zustand keinen Gebrauch machen will, noch kann. Denn jede erste parlamentarische Opposition legt die Regierungsmehrheit lahm und verschärft die Lage außerordentlich. Und gerade das will und muß die Sozialdemokratie kraft ihrer historischen Rolle zu verhindern suchen. Und Neuwahlen müßten gerade das, was die SP verhindern will — die Verschärfung der Klassegegenstze —, auf die Spitze treiben.

Die innere Geschlossenheit der oesterreichischen Arbeiterklasse mit ihren großen Gewerkschafts- und Wehrorganisationen steht im schroffen Widerspruch mit der furchtbaren Lage, in die sie die sozialdemokratische Politik hineingetrieben hat. Gerade die Zerrissenheit im Lager der Reaktion schafft besonders günstige Voraussetzungen für den revolutionären Massenkampf gegen die Hungersanierung und den drohenden Faschismus. Der Schlüssel für den Ausgang bei den herannahenden Entscheidungskmpfen liegt bei den Kommunisten.

Wien, 11. Mai.

Oppositionelle Strömungen in der russischen Partei

Anm. der Redaktion: Wir veröffentlichen nachfolgend einen größeren Auszug aus einem Artikel der Gruppe russischer Linksoptioneller, die sich im Isolator von Werchne-Uralsk befindet.

Es wäre voreilig, auf Grund jener Kenntnisse, die bis zu uns dringen, irgend welche entscheidende Schlüsse in bezug auf die Partei zu machen. Aber es wäre kurzschichtig, wenn man nicht durch den ganzen Wirrwarr des Apparates bemerken würde, daß in das Bewußtsein der Partei allmählich der Gedanke von den Gefahren der jetzigen Politik anfängt einzudringen, daß sie anfängt, sei es auch noch dunkel und ohne bestimmte Form, aber aktiver auf diese Politik zu reagieren. Die Vollendung des Prozesses der Erdrosselung der Partei führt den Druck in ihr — bis zu einem solchen Niveau, daß am andern Ende, eine stärkere Reaktion beginnt. Und der Druck der Klassen, der sich ebenso bedeutend verstärkt, formiert diese Reaktion in bestimmter Weise und gibt ihr die Richtung, wobei er die Differenzierung in der Partei beschleunigt und vertieft.

Die Stalinsche Spitze bemüht sich, durch eine eilige Realisierung ihrer „Siege“ diese Prozesse zu verdecken, indem sie auf bonapartistische Art mit allen ihr nicht Gefälligen von rechts und links kurzen Prozeß macht und sich so die Hände frei macht von beiden Seiten. Das Draufgängertum des Apparates wächst proportional mit dem Verlust der sozialen Basis. Dadurch, daß der Zentrismus seine Stützen an beiden Enden in den Klassen verliert, verliert er sie auch in der Partei. Er fühlt, daß er in der Luft hängt, und er versucht, sich zu festigen auf administrative Weise; dadurch verliert er immer mehr die Bindungen, die ihn mit der Arbeiterklasse und der Partei halten. Aber er erobert sich auch keine andere Basis in den andern Klassen, denn durch seine Politik stößt er alle Klassen von sich. Angefangen damit, daß er versucht, mit allen Klassen in Frieden zu leben, ändert er damit, daß er mit allen diesen Klassen in Streit lebt. Diese administrative Festigung des zentralistischen Apparates bei gleichzeitiger Schwächung der sozialen Basis, schafft die Gefahr des Bonapartismus; denn der Bonapartismus ist der Staatsapparat, der offen alle traditionellen, darunter auch die parteilichen, Bindungen zerrissen hat und frei zwischen den Klassen laviert als nutzbringender Vermittler.

Vorläufig unbewußt, dringt der Zentrismus auf diesem Wege vor, alles zerschmetternd, was ihm in den Weg kommt. Die Partei ist buchstäblich in Belagerungszustand versetzt, welcher durch einen noch nie dagewesenen politischen Verfall gedeckt wird. Zur Durchführung dieses Belagerungszustandes ist alles mobilisiert, was Stalin sich in den Dienst hat stellen können, — von der WAPP bis zur GPU, welche letztere endgültig legalisiert ist als das wichtigste Werkzeug der Verwaltung der Partei. Kein Posten, keine Stellung in Staat und Partei, keine Verdienste, vergangene und jetzige, — befreien einen Menschen von dem allgemeinen Schicksal, wenn er es gewagt hat, die Gesetze des Belagerungszustandes zu überschreiten. Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare wird mit derselben Leichtigkeit zum Verräter erklärt, wie irgend ein bürgerlicher Spezialist. Der Weg aus dem Krimi in die GPU kann für manche sehr kurz sein. Aber das bedeutet nicht, daß genau so kurz der Weg sein wird aus der GPU oder RWS in den Krimi, wenn nur das Proletariat und die Partei die Kräfte in sich finden, dieses zu verhindern. Das ist der Kern der Frage.

Reagiert auf all dieses die Partei und welche Bedeutung muß man in diesem Zusammenhang jenen Ereignissen geben, die jetzt unsere Aufmerksamkeit auf sich lenken? Was bedeutet das Auftreten der Fraktion der „Zweihänder“ (Dwu-ruschniki)? Soweit man bis jetzt urteilen kann, handelt es sich hier um eine Wiederholung, wenn auch augenscheinlich um eine breitere, des vorjährigen „Aufstandes auf den Knien“, stark in links-zentralistischen Tönen gefärbt. Aber dieses Auftreten ist interessant und wichtig, weil es ahnen läßt und widerspiegelt einige tiefere Prozesse in der Partei und in der Arbeiterklasse und zweitens, weil es im Herzen der zentralistischen Basis — in dem Partei- und Sowjetapparat seinen Platz gefunden hat. Die wenigen Zitate, welche die Zeitungen aus dem Auftreten und den Dokumenten der links-zentralistischen „Zweihänder“ bringen, geben uns die Möglichkeit, uns ein allgemeines Bild zu machen von dem Stadium, in welchem sich der Prozeß der Ausreifung ihrer Ideologie befindet. Sie müssen bemerken, daß „wir blind und unorganisiert genug in ein Gebiet der ökonomischen Erscheinungen hineingegewelt sind, welche jetzt den Gegenstand unruhiger Beratungen des Landes bilden“. Aber sie sind noch weit davon entfernt, sich Rechenschaft von den Gründen und dem Wesen dieser Erscheinungen abzulegen. Noch weisen sie den Gedanken von sich, daß wir es hier mit einem „Krach der wirtschaftlichen Grundpläne“ zu tun haben. Indem sie sich damit trösten, daß das nur ein „Krach der Illusionen“ ist, fallen sie selbst in die gefährlichste Illusion, indem sie meinen, daß es hier nicht um die Generalität selbst geht, sondern um die Methoden ihrer Durchführung — ein typisches linkszentristisches Idechen, das seinerzeit vielen der Kapitalanten als dünnes Fädchen diente. Und gerade von dieser Seite aus kritisieren sie den Bürokratismus. Eine ganze Reihe anderer Auftretungen charakterisieren diese Opposition vorläufig noch als eine Apparat-Opposition, die in erster Linie die Unzufriedenheit des unteren und zum Teil des mittleren Apparates wiedergibt. Davon sprechen z. B. die Klagen darüber, daß „das Auftreten zur Verteidigung der Durcharbeit der Pläne eine leichtfertige Anschuldigung und Verdächtigung der Abweichung hervorruft, die die Beschuldigten außerhalb der Gesetze der Öffentlichkeit stellen“. Und schon, wie der tiefste Notschrei der Seele eines in die Enge getriebenen Apparatschicks klingt die Klage darüber, daß „es unmöglich ist, die Arbeit so weiterzuführen, wie sie bisher geführt worden ist: rückweise, stoßweise.“

Die Gründe für das Erscheinen der Apparat-Opposition sind im wesentlichen klar. Als nächster Grund ihrer Erscheinung diente der Umstand, daß Stalin, um sich bei

dem Wachsen der allgemeinen Unzufriedenheit zu halten, ohne Bedenken einen bedeutenden Teil seines unteren und zum Teil auch des mittleren Apparates, der bäuerlichen Konterrevolution im Dorf und der revolutionären Unzufriedenheit der Arbeiter in der Stadt geopfert hat. Das konnte nichts anderes als die Opposition dieses Teiles des Apparates hervorrufen. Diese Sache ist insoweit wichtig, als daß Stalin auf dieser Linie sich selbst seine Basis untergräbt, auf der er sich hält. Aber die Sache hat noch eine andere Seite, eine wichtigere. Und die besteht darin, daß die unteren Partei-Gewerkschafts-Wirtschafts-Apparatschik, welche vom gesamten Apparat sich am nächsten der Masse befinden und am besten die Verbindung mit ihr bewahrt haben, irgendwie, wenn auch in verkrüppelter Form, anfangen, den Druck dieser Massen wiederzugeben. In der Industrie stößt der untere Apparat auf kolossalen Widerstand der Arbeitermassen und auf den Widerstand der Parteiarbeiter, die die Politik des Druckes auf das Proletariat durchführen, und unter diesem Druck fängt er selbst an, teilweise auf die Position des passiven Widerstandes der Stalinschen Politik gegenüber überzugehen. Nur aus diesen Gründen kann man es erklären, daß er (der untere Apparat) unter solchen Bedingungen des Terrors es wagt, von dem „empfindlichen Verhalten zu den Lebensnöten der Arbeiter“ zu sprechen, wagt, an der Stalinschen Methodologie des Errechnens des realen Niveaus des Arbeiterlohnes zu zweifeln, wagt, zu erklären, daß das Gefühl der Hauptschichten der Arbeiterklassen weit fehlerloser ist als manche Indizes.

Bei der Rolle, welche unter den heutigen Umständen der Stalinsche Apparat spielt, erhält das Schwanken des unteren und teilweise auch des mittleren Apparates, sein teilweiser Uebertritt vom Gehorsam zur Opposition eine ernste Bedeutung, besonders bei der Beschleunigung der Differenzierung in der Partei. Aber im Apparatmenschen hat der gestrige Tag noch starke Bedeutung. Er wagt es noch nicht, zum aktiven Widerstand überzugehen, er fürchtet sich noch, mit den Parteimassen zusammenzugehen. Aber irgendwo dringt in diese apparat-linkshafte Bewegung eine andere, frischere Welle, die auf tiefer gehende Prozesse hinweist, darauf, daß in einigen Teilen der Partei eine Strömung sich zeigt, zur „kollektiven Prüfung des gegangenen Weges“. Irgend jemand erlaubt sogar schon den Gedanken, daß „die auftretenden Schwierigkeiten das Resultat einer falschen Politik

der Partei“ sind, und entschließt sich darüber nicht nur nachzudenken, sondern auch zu sprechen oder zu schreiben. Aber nicht nur durch den Mund des unteren Apparatschicks hat der Arbeiter-Parteiler gesprochen. Er fängt an, sein Wort selbst zu sagen. Auf manchen Gebieten stellen wir Ziffern und Zahlen auf, aber kaum wohl hat sich jemand die Mühe gegeben, zu zählen, wieviel Hunderte von Arbeitern in der Partei in der letzten Zeit ausgesprochen worden sind wegen ihres Auftretens gegen die Wirtschafts- und Arbeiterpolitik des Zentrismus. Der Apparat stellt sie samt und sonders in die Rubrik der Rechten und noch öfters in die Rubrik der Klassenfeinde, der Verräter usw. und nur wenige belehnt er mit dem Namen der „Trotzkisten“. In Wirklichkeit ist das in den meisten Fällen eine elementare, noch nicht formierte Bewegung, die jede der bestehenden Fraktionen versucht, unter ihren Lösungen zu formieren, sie auf ihren Weg zu bringen. Auch der Zentrismus versucht das zu machen. Aber immer schwerer gelingt ihm das, je mehr er das Hauptstützzeug hierzu, den unteren Apparatmenschen, zu verlieren beginnt, den er selbst in die allgemeine Front der Unzufriedenheit gestoßen hat.

Das ist in allgemeinen Zügen die eine Seite dessen, was in der Partei jetzt vor sich geht. Aber es gibt auch eine andere Seite. Die Differenzierung geht nach zwei Seiten. Zusammen mit der im Grunde genommen gesunden Unzufriedenheit der Arbeiterklasse geht auf dem anderen Pol der Partei die Unzufriedenheit anderer Klassen mit der Politik des Zentrismus vor sich. Diese Unzufriedenheit, die in der Partei durch die Rechten vertreten ist, findet ebenfalls ihren Ausdruck im Apparat, in erster Linie dort, wo sich die Apparatglieder unter dem Einfluß des kleinbürgerlichen Elements befinden. Für Stalin ist es sehr vorteilhaft, beide Arten der Unzufriedenheit in einen Haufen zu werfen. Hieraus folgt der Schrei vom „rechts-linken Block“. Erleichtert wird ihm die Sache dadurch, daß die Differenzierung in der Partei nicht so weit gediehen ist, daß die einzelnen Arten der Unzufriedenheit sich klar voneinander trennen.

Es ist möglich, daß die Linkszentristen sich selbst keine Rechenschaft darüber ablegen, daß sie eine andere Tendenz darstellen als die Rechten, und wirklich mit ihnen gemeinsame Schritte machen. Mit desto größerer Deutlichkeit müssen wir den Unterschied machen, um nicht im Versehen Fremden zu helfen. Die vor sich gehenden Prozesse im Land, in der Partei und in der Arbeiterklasse nüchtern und klar zu bewerten — das ist die erste wichtigste Aufgabe der Opposition.

Probleme der spanischen Revolution

Von Kurt Landau.

(5. Fortsetzung.)

7. Die Frage der „Sowjets“ in der spanischen Revolution.

Im Gegensatz zu den russischen Revolutionen 1905 und 1917 und zu den mitteleuropäischen Revolutionen im Jahre 1918, hat die Aprilrevolution in Spanien keine Sowjets oder ihnen ähnliche revolutionäre Kampforgane hervorgebracht.

Die Schaffung der Sowjets setzt keineswegs die Existenz einer starken revolutionären Arbeiterpartei voraus. Das beweisen die Erfahrungen von 1905, 1917 und 1918.

Damit das Proletariat zur Schaffung von Räten (Sowjets) übergeht, bedarf es eines bestimmten Reifegrades des proletarischen Klassenbewußtseins. So lange dem Proletariat seine eigene, selbständige Rolle in der Revolution nicht bewußt ist, solange es nur im Schlepptau der bürgerlichen Klasse auf der revolutionären Bildfläche erscheint, wird es nicht zur Bildung eigener revolutionärer Kampforgane schreiten. Erst als das Pariser Proletariat in den Märztagen 1871 erkannte, daß die Bourgeoisie nur die äußeren Embleme des Kaiserreiches geändert hatte, die soziale Ordnung aber unverändert ließ, schuf es in der Kommune seine eigene, selbständige Klassenmacht. In der spontanen Bildung der Räte in allen europäischen Revolutionen seit der Pariser Kommune (wenn wir von portugiesischen und griechischen Pronunziamentos absehen) spiegelt sich die Entwicklung der proletarischen Klasse zum selbständigen, revolutionären Faktor wider. Die höchste Stufe dieser Entwicklung, der Übergang der Sowjets zur herrschenden Gewalt, die Errichtung der proletarischen Diktatur auf der Basis des Räte systems, ist nur möglich, wenn die kämpfenden Sowjets von einer revolutionären, von einer kommunistischen Partei geführt werden. Ohne diese Führung ist die Selbstzersetzung und der Zusammenbruch der Sowjets unvermeidlich. Das Element der Spontaneität behält seine progressive Bedeutung ausschließlich in der Periode der Schaffung der Räte.

Das bedeutet keineswegs, daß ohne das Element der Spontaneität die Schaffung von Sowjets unmöglich ist. Die spanische Revolution stellt uns das erstmalig vor die Aufgabe, im Verlaufe der Weiterentwicklung der demokratischen Revolution die Arbeiterklasse und die kleinbäuerlichen Massen im Dorfe von der Notwendigkeit der Bildung von Sowjets zu überzeugen. Wird dies nicht gelingen, so wird die spanische Revolution sehr bald den offenen Triumph der Konterrevolution erleben, der die demokratische Reaktion der Azana, Caballero & Co. den Weg bahnt.

Um die Sowjets und damit den Hebel der Ueberleitung der demokratischen in die sozialistische Revolution zu schaffen, bedarf es mehr als der reinen Propaganda der Sowjet-idee; da sie nicht spontan „aus dem Boden gewachsen sind“, kommt es jetzt darauf an zu erkennen, sie planmäßig zu organisieren. Wir wissen leider nichts Genaueres darüber, welche Stellung der spanische Anarcho-Syndikalismus zur Frage der Sowjets einnimmt. Aller Wahrscheinlichkeit nach lehnt er die Sowjets als „überflüssig“ ab und überweist die Rolle der Sowjets den Gewerkschaften. Als ob Gewerkschaften Sowjets ersetzen könnten! Gewiß ist die Rolle der Gewerkschaften, in denen sich das Proletariat als Klasse organisiert, sowohl vor, als auch nach der proletarischen Machtergreifung von entscheidender Bedeutung, und nichts ist kleinbürgerlicher, als gerade jene Unterschätzung der Gewerkschaften, wie sie gegenwärtig in der Innenpolitik der Sowjetunion und in der Komintern vorherrscht.

Gewiß bedarf die proletarische Partei, die den Träger der proletarischen Diktatur darstellt, des breiten Fundaments der organisierten proletarischen Klasse, der Gewerkschaften. Lenin wies mit besonderem Nachdruck gerade auf diese Frage hin, wobei er aber gleichzeitig ihre Stellung innerhalb der proletarischen Diktatur abgrenzte.

„Ohne das Fundament in Gestalt der Gewerkschaften läßt sich die Diktatur nicht verwirklichen, lassen sich die Staatsfunktionen nicht erfüllen. Sie müssen erfüllt werden durch eine Reihe besonderer Institutionen eines wiederum neuen Typus, eben durch den Sowjetapparat.“ (Lenin, 1920.)

Die Rolle der Sowjets ergibt sich eben daraus, daß die proletarische Diktatur — und vor allem in einem Lande mit 70 Prozent bäuerlicher Bevölkerung wie Spanien — nicht anders möglich ist, als gestützt auf die Massen der Kleinbauern. Sind die Gewerkschaften die organische Einheitsfront aller Teile der Arbeiterklasse — wie groß immer die politischen Gegensätze und Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse sein mögen —, so sind die Sowjets das organisierte Bündnis der gesamten proletarischen Klasse mit den ausgebeuteten bäuerlichen Massen.

Wenn der spanische Anarcho-Syndikalismus die Rolle der Sowjets „ignoriert“, so wird der durch und durch reaktionäre spanische Reformismus jedem Versuch, Sowjets auch nur in der Kleinform zu schaffen, erbitterten Widerstand entgegenstellen. Aus den Erfahrungen in Rußland hat nicht nur das Proletariat und seine revolutionäre Partei gelernt. Auf ihre Art haben nicht weniger gründlich die Bourgeoisie und ihre Trabanten, die Reformisten, gelernt. Die spanische Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß die Logik der Entwicklung die Sowjets zum Gegenpol der Cortes machen müßte, um den sich die verratenen Arbeiter- und Kleinbauernmassen sammeln. Daher ihre tödliche Furcht vor den Sowjets.

Bedeutet das, daß die Sowjets unmöglich sind — da sie ja vor allem die verschiedenen Teile der Arbeiterklasse umfassen müssen die heute in Spanien nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich in 3 Lager gespalten ist?

Die Sowjets werden dann und nur dann möglich werden, wenn es den Kommunisten zunächst gelingt, die Einheit der Arbeiterklasse in ihrer elementarsten Form, in der gewerkschaftlichen, zu verwirklichen. Denn nur die sich sammelnde revolutionäre Arbeiterklasse, die in machtvollen Kämpfen ihre feste Entschlossenheit manifestiert, ihre Klassenforderungen durchzusetzen, vermag die schwankende und zersplitterte kleinbäuerliche Masse an sich zu ziehen, sie zum Block mit dem Proletariat zu führen, zu den Sowjets.

Die Reformisten fürchten die Sowjets und sie ziehen die Einheit mit der blutigen Zivildarge der gewerkschaftlichen Einheit des Proletariats vor. Die Anarcho-Syndikalisten „ignorieren“ die Bedeutung der Sowjets und sie scheinen auch die elementare Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Einheit des Proletariats völlig zu verkennen.

Die spanischen Kommunisten werden weder aus Caballero einen Revolutionär, noch aus Pestalona einen Marxisten machen können, aber wenn sie ernsthaft den Kampf um die Gewerkschaftseinheit führen, so werden sie damit auf jener Linie kämpfen, von deren Richtigkeit die spanische Arbeiterklasse durch ihre eigenen Erfahrungen überzeugt wird. Wir glauben nicht, daß unter den konkreten Bedingungen, wie

wir sie in Spanien vor uns haben, eine gewerkschaftliche Einheitsorganisation in absehbarer Zeit erkämpft werden kann. Aber das ist auch nicht der Kern der Frage. Wenn es gelingt, aus den drei gewerkschaftlichen Organisationen der Reformisten, der Anarcho-Syndikalisten und der Kommunisten (diese besitzen nur in manchen Teilen Spaniens, wie z. B. in Sevilla, eine größere Bedeutung) gemeinsame gewerkschaftliche Kampfkomitees zu schaffen — dann bedeutet das schon einen gewaltigen Schritt nach vorwärts. Mögen die Pestanas „ignorieren“ und die Caballeros sabotieren! Unter dem Druck der Massen, die die Kommunisten in Bewegung setzen können, wenn sie sich gelöst umrühren, werden sie sich der einheitlichen gewerkschaftlichen Kampffront auf die Dauer nicht widersetzen können, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, sich völlig von den Massen zu isolieren.

Die gewerkschaftlichen Kampfkomitees zum Rückgrat erweiterter Kampfausschüsse zu machen, an denen sich auch die Parteien und Strömungen in der Arbeiterbewegung beteiligen — das scheint uns der Weg zu sein, der zu den Sowjets in Spanien führt. Der Block der Kampfkomitees der Landarbeitergewerkschaften und den kleinbäuerlichen Massen, ein Block, an dem sich gleichfalls die politischen Organisationen der Arbeiterklasse führend beteiligen, das wäre der Weg, der die Frage der Sowjets vom Dorf her auflöst.

Neue Ereignisse, neue Erfahrungen der Massen werden ihr Vertrauen zu den Cortes noch mehr erschüttern, als es bisher der Fall ist; das Netz der so gebildeten Kampfkomitees würde sich vergrößern, vertiefen und das ganze Land überziehen; mehr und mehr würde es zum Mittelpunkt der radikalisierten Massen werden; in dem Maße, als dies geschieht, wird die Lösung der Sowjets gleichbedeutend mit der höchsten Entfaltung der Kampfkomitees, die aus Organen der Einheitsfront — ursprünglich der gewerkschaftlichen — zu Organen des proletarischen Machtkampfes werden, wobei sich das Proletariat auf ein festes Bündnis mit den Kleinbauern stützt. (Fortsetzung folgt.)

Die Wahlen in Frankreich

Die Kammerwahlen am 1. und 5. Mai in Frankreich haben dem linken Flügel der Bourgeoisie einen sehr großen Erfolg gebracht. Die Radikalsocialistische Partei (Herriot), die Partei des demokratischen Bürgertums und großer Teile der mittleren Bauern, die mit pazifistischen Redensarten à la Briand die Massen an sich zu ziehen versuchte, hat 48 Mandate gewonnen und wurde mit 157 Sitzen die stärkste Partei.

Fast ebenso groß ist der Erfolg der französischen Sozialdemokratie. Sie stieg von 112 auf 129 Mandate. In Wirklichkeit ist ihr Gewinn größer, denn zu ihr müssen noch die 11 Sitze der sogenannten „Unabhängigen Kommunisten“ gerechnet werden. Es handelt sich hier um die Liquidatorengruppe Sellier, Garchery, die 1929/30 mit Brandler ging, 1931 mit den Sozialisten-Kommunisten (Gruppe Paul Louis) die „Partei der proletarischen Einheit“ bildeten und sich der Internationalen Fraktion Angelika Balabanows angeschlossen und seit Monaten bereits mit der französischen Sozialdemokratie wegen ihres Anschlusses verhandelten. Um ihre ehemaligen Wähler besser betreiben zu können, kandidierten sie als „unabhängige Kommunisten“.

Die KPF erhielt 12 Mandate, das ist um 2 mehr als bei den letzten Wahlen.

Ein abschließender Ueberblick über die Wahlen ist noch nicht möglich, da die Stimmenzahlen der einzelnen Parteien noch nicht bekannt sind. Entscheidend aber für den wirklichen

Einfluß der Parteien sind die Stimmenzahlen, die sie beim ersten Wahlgang erhielten, denn bei den Stichwahlen stimmen zahlreiche bürgerliche Wähler, um einen offenen Reaktor zu schlagen, für einen Sozialdemokraten, und wenn der Kommunist der einzige aussichtsreiche Kandidat gegen einen verhassten Reaktor ist, dann gewinnt er im zweiten Wahlgang die sozialdemokratischen und manchmal auch radikal-socialistische Stimmen.

Beim ersten Wahlgang aber, auch hier, erlitt die KPF mit weniger als 800.000 Stimmen einen Verlust von ungefähr 300.000 Stimmen, das ist mehr als 25 Prozent ihres Bestandes. Die Renegatengruppe der „Unabhängigen“ dürfte den größten Teil dieses Verlustes an sich gerissen haben.

Die schwere Niederlage der KPF erfolgte in einem Zeitpunkt der verschärften Wirtschaftskrise und außerordentlicher Aggressivität des französischen Imperialismus. Statt neue Arbeitermassen zu gewinnen, schrumpft das Einflugsgebiet der KPF immer mehr zusammen. Diese Entwicklung spiegelt nur die katastrophale Zersetzung der französischen Partei wieder. Mit kaum mehr als 12.000 zahlenden Mitgliedern ist die Partei heute auf ungefähr ein Zehntel dessen zusammengeschmolzen, was sie in Tours, bei der Spaltung besaß (110.000). Die von ihr beherrschte revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (CGTU) ist auf ungefähr 250.000 Mitglieder zurückgegangen, auf ein Drittel ihres früheren Bestandes. Parallel mit dem Übergang großer Mitgliedermassen zur Sozialdemokratie vollzieht sich das Hinüberweichen größerer revolutionärer Gewerkschaftsverbände (Eisenbahner) zu den Reformisten. Hier spielte die neu-syndikalistische Gruppe Monate die Brücke. — Wenige Monate sind es erst her, da liefen in allen linken Oppositionsgruppen Propheten umher und überkollierten sich vor Begeisterung über die „Wendung“, die im Herbst 1931 in der französischen Partei angekündigt war. Die Treint und Molinier liefen zum ZK der KPF und berichteten bereits in lyrischen Ergüssen über den herzlichen Empfang. Die Wolf & Co. in Deutschland liefen am 23. Oktober zum ZK der KPD und beschworen es, „auf Frankreich zu blicken“.

Heute liegt alles wieder in Scherben: die Wendung, die leisen Ansätze einer Verbesserung der Politik der KPF und damit auch die kläglichen Illusionen jener Pseudo-Oppositionellen, die von der Selbstbenennung des Zentrismus die Rettung der Komm. Parteien erwarten.

Unsere kleine Gruppe in Frankreich, die sich um die Zeitschrift „Le Communiste“ schart, steht vor sehr schweren und verantwortlichen Aufgaben. Von ihr wird es in bedeutendem Maße abhängen, ob die Krise der KPF zur weiteren Zersetzung führen wird oder zur Wiedergeburt des revolutionären Marxismus in der KPF.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Osthofen Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung: Die österreichische Krise.

Gemessen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Spendet Preßfonds!

Nach dem Parteitag der SAP.

Ostern hat in Berlin-Neukölln der 1. Parteitag der SAP stattgefunden. Wie vorausgesehen war, haben die schweren Fehler der KPD-Führung im letzten halben Jahr es der SAP gestattet, trotz eigener schwerer opportunistischer Fehler zu wachsen und zu erstarken. Dieses Wachstum stagniert zwar gerade in entscheidenden Industriezentren und nicht zuletzt in Berlin, doch ist es der SAP immerhin gelungen, 50.000 Arbeiter zu erfassen.

Es ist unverkennbar, daß die vorwärtspeitschende Kritik der Kommunisten nicht ohne Einfluß auf die Ideologische Entwicklung der SAP geblieben ist. Ein Teil der Seydewitz-Gruppe ist unverkennbar nach links marschiert. Der sichtbarste Ausdruck dieser faktischen Linksentwicklung ist die Zwickling-Gruppe, deren spezifisches Gewicht sowohl innerhalb der Seydewitzgruppe, als auch innerhalb der gesamten SAP, rasch zunimmt — vor allem aber in der Jugend.

Auf der anderen Seite zeigen die alten Führer der Seydewitz-Gruppe, Seydewitz und Rosenfeld, überall dort, wo sie gezwungen sind, offen aufzutreten, daß ihr vorkriegsradikalismus nur an der Oberfläche haftet; sie passen sich der Lage an, ohne sich faktisch zu verändern.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand eine Prinzipienklärung, die der Parteivorstand der SAP gegen zwei Stimmen (Liebknecht, Klister) angenommen und dem Parteitag als Plattform zur Ausarbeitung des Programmes vorgelegt hatte. Gemessen an dem opportunistischen Machtwort, das unter dem Namen „Aktionsprogramm“ die Grundlage des Gründungsparteitages bildete, stellt diese Prinzipienklärung einen großen Schritt nach vorwärts dar, obgleich es in einzelnen Punkten offenkundig zentralistisch ist. Soweit die Prinzipienklärung sich darauf beschränkt, mehr oder weniger präzise die elementaren Feststellungen der ersten drei Weltkongresse der Komintern zu akzeptieren, weist sie im allgemeinen einen marxistischen Charakter auf.

Aber dort, wo die Prinzipienklärung gezwungen ist, zu den neuen Problemen der nachhinkenden Epoche Stellung zu nehmen, finden wir nichts als verlegene Plathheiten, Halbheiten oder einfaches Sich-drücken um Lebensfragen der revolutionären Strategie. Dies gilt insbesondere von der russischen Frage, von der Stellung der SAP in der internationalen Arbeiterbewegung, von dem Verhältnis zur KPD, und Komintern.

Der Parteitag bot ausreichende Gelegenheit, im Verlaufe

einer ernsten Diskussion zumindest diese Kardinalfragen zu stellen. Nichts von alledem geschah!

Eine gewisse Geschlossenheit und Konsequenz im Auftreten wies nur der rechte Flügel auf. Er formulierte rückhaltlos seine Stellungnahme. Kleineibst trat für die Völkerbundspolitik, für Panuropa, gegen die „Zauberworte“ von der proletarischen Diktatur und Rätesaat auf, Anna Siemsen für internationale Orientierung im Sinne der Zusammenarbeit mit den zentralistischen Strömungen im Ausland, Liebknecht klagte die positive Stellungnahme für Sowjetrußland als „konterrevolutionär“ an, Küster von den Pazifisten drohte unverhüllt mit der Spaltung.

Die eigentliche Stärke des rechten Flügels, der von 95 Delegierten nur 12 auf seiner Seite hatte, aber bildete die innere Zerrissenheit und der zweideutige Charakter der am Parteitag dominierenden, zentralistischen Gruppe (72 Delegierte), die von Seydewitz und Rosenfeld geführt wurde. Die überwiegende Mehrheit der zentralistischen Gruppe bewies, daß sie sich nur formell von der rechten Gruppe abgrenzte. Die Vertreter der stärksten Massenfundamente der SAP, die Delegierten von Südwestsachsen und Breslau, fraternisierten offenkundig mit der Rechten. Eckstein (Breslau) nannte die Differenzen einen „Streit um Worte“, Ziegler (Breslau) verurteilte sogar Einheitsfrontangebote an die KPD, und die Sprecherin der 16 Delegierten von Südwestsachsen, Petzold, nahm eine fast ebenso scharf ablehnende Haltung gegenüber der KPD ein. Der Redner der Rechten, insbesondere Anna Siemsen, hatten den Beifall großer Teile der Delegierten des Zentrums. Der linke Flügel marschierte mit zwei Gruppen auf, der brandleristisch-stalinistisch gefärbten Gruppe Rück, die vier Delegierte zählte, und der kapitalistischen Gruppe Reichbach mit neun Delegierten.

Eine besondere Note gab dem Parteitag die dem Zentrum angeschlossene Gruppe Walcher-Frölich. Sie bildete das traurigste Kapitel des ganzen Parteitages. Es war geradezu ein tragischer Anblick, mit welcher ehrfurchtigen Aufmerksamkeit die eben der SPD. erwachsenen jungen revolutionären Kadern auf die revolutionären Offenbarungen lauschten, die sie aus dem Munde der ehemaligen Spartakisten erwarteten.

Aber Frölich begnügte sich damit, der Partei größtenteils Vermögenlichkeit zu predigen und alle organisatorischen Mittel gegen Andersdenkende weit von sich zu weisen, während Walcher „nachwies“, daß Stalin der KPD, den Nationalbolsewismus befiehlt, um auf diese Weise einen

Weltreform!

Wir bringen hiermit eine Artikelserie, die sich mit dem Nationalsozialismus und den ihm verwandten Strömungen auseinandersetzt.

Immer in Zeiten großer sozialer und politischer Umwälzungen, am Vorabend des Zusammenbruchs einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, im Chaos der sozialen Erschütterungen gesellen sich zu den kriminellen Hochstaplern, deren Handwerk besonders in solchen Zeiten blüht, auch politische Hochstapler, Narren, verkannte „Genies“, Quacksalber, Wunderdoktoren, die da glauben, ein allseitig machendes System erfunden zu haben, und religiöse Sekierer, hinter denen sich oft genug gerissene Gauner verbergen. Allen gemeinsam ist der unverblümte Haß gegen die proletarisch-sozialistische Bewegung und den Klassenkampf. Leicht erklärlich. Meist sind die Träger dieser Schmarotzer-Bewegungen entwurzelte Kleinbürger und Intellektuelle, die im Aufstieg der Arbeiterklasse die Ursache ihres Ruins erblicken und sich mit Gott und dem Teufel zugleich verbinden, wenn sie damit ihren Wiederanstieg zu den Fleischtöpfen des Kapitalismus gesichert glauben. Diese Kleinbürger können es nicht ertragen, daß auch der einfachste Arbeiter politische Rechte besitzt, über soziale Einrichtungen verfügt, in großen Organisationen organisiert ist, sein Recht durch Kampf zur Geltung bringt und sich als die revolutionäre Klasse bekennet, die berufen ist, das Prinzip des kapitalistischen Privateigentums und der Lohnsklaverei zu brechen und sich als die herrschende Klasse zu konstituieren, die eine grundsätzliche neue Gesellschaftsordnung errichtet, in der der Besitz an Produktionsmitteln und Gütern nicht das Privileg einer kleinen Minderheit ist, sondern in den Besitz der gesamten Gesellschaft übergeht. Damit verbunden ist auch die Zerstörung der bestehenden Klassengesellschaft überhaupt. Aber auch die bevorzugte Rolle des intellektuellen Kleinbürgertums, das sich jetzt über dem Proletariat zu stehen dünkt, verschwindet durch den Wegfall einer Reihe komplizierter Einrichtungen der bestehenden Klassengesellschaft als auch durch die Brechung des Bildungsmonopols der herrschenden Klasse und ihrer kleinbürgerlichen Lakaien, indem die Hüter der Kultur und Wissenschaft dem ganzen Volke vermittelt werden.

Und gerade die Tatsache, daß der von Eigendünkel und „Allwissenheit“ vollgepropte Intellektuelle gewohnt ist, voll Verachtung und Vorurteilen in der manuellen Arbeiter herabzusehen, verleitet ihn dazu, sich messianische Sendung zuzuschreiben und sich als Weltverbesserer dem manuellen Arbeiter aufzudrängen.

Auch der Nationalsozialismus wurzelt zum größten Teil in dieser Verzweigungsphilosophie des Kleinbürgertums. Der alte Grundsatz der bürgerlichen Revolution und des Liberalismus, „Freie Bahn dem Tüchtigen“, der auch von der sozialistischen Arbeiterbewegung übernommen wurde und zum Ausdruck bringen wollte, daß auch dem Nichtadeligen, das heißt dem Bürger, bzw. dem Arbeiter, der Weg zu öffentlichen Ämtern freistehen müsse, wird von der nationalsozialistischen Demagogie in sein Gegenteil verkehrt.

Verstanden die Ideologen der bürgerlichen Revolution (1789—1848) unter diesem Grundsatz das Recht der bürgerlichen Klasse zum sozialen Aufstieg, zu einer ökonomisch und technisch höher entwickelten Wirtschaftsordnung als die des Feudalismus, so kämpft das Proletariat gegen die Klassenherrschaft überhaupt. Dadurch unterscheidet sich das Proletariat grundsätzlich von allen vorhergehenden revolutionären Klassen. Während diese am Prinzip des Privateigentums, also

Block Frankreich—Deutschland im Interesse der sowjetrussischen Außenpolitik zu verhindern. Der Walcher-Mann Karl Frank versuchte nachzuweisen, daß die SAP, die Komintern als die Fortsetzung der Gruppe Schapper-Willich von 1848 betrachten müsse.

So bot der Parteitag vor neuem eine Demonstration des widerspruchsvollen Charakters der SAP, den wir von Anfang festgestellt haben. Es ist nur eine halbe Wahrheit, wenn Trotzki meint: „Die SAP. ist kein Sumpf, sondern eine lebendige Strömung“. In der SAP ist eine lebendige, eine noch nicht ausgereifte revolutionäre Strömung vorhanden, die sich nur mühselig den Weg bahnen kann, da sie bei jedem Schritt auf Schlacken und Schutt stößt. Schutt und Schlacken aber nicht nur im reformistischen Sinne, sondern es sind auch die ideologischen Abfallsprodukte aus der kommunistischen Bewegung, die das Aufkommen eines wirklich marxistischen Flügels ungeheuer erschweren. Unter diese durch und durch negative Faktoren gehört nicht nur der brandleristische Stalinismus der Rück-Gruppe, der kleinbürgerliche kapitalistische Wortradikalismus der Reichbach-Gruppe, tiefer gehört in erster Linie der mit der Gloriole des Spartakismus unwobene Pseudo-Marxismus der Gruppe Walcher-Frölich-Frank, zu der auch bis zu einem gewissen Grade Sternberg zu rechnen ist, der, statt marxistische die Probleme der sowjetrussischen Wirklichkeit zu durchleuchten, mit dem Kaffeehaus-Klatsch sowjetrussischer Journalisten aufwartete.

Der aber, der ungewollt dem Parteitag das Gepräge gab, um den sich wie nur eine Zentralsonne die Diskussion, wo sie wesentlich wurde, drehte, war Trotzki. Es erging ihm dabei, wie einem anderen Großen, dessen Schatten auch den Parteitag streifte, wie Goethe, mit dem es sich der rechte Flügel im Zeichen des Goethe-Jahres nicht versagen konnte, zu kokettieren. Der zentralistische Flügel in allen seinen Schattierungen versuchte dagegen den großen revolutionären Marxisten zu anneklieren. Aber auch, auf welche Weise! So wie einst die Kautskys Marx und Engels zu ihren Schutzpatronen machten, wobei sie fürsorglich alles Kritische, das gegen sie selbst gerichtet war, unterschlugen und — was tausendmal schwerer wog — wobei sie die revolutionären, lebenden Gedanken Marxens in ausgelagerte, leblose Schemen verwandelten, so verfahren jetzt die Rosenfeld, Seydewitz, Walcher & Co. mit Trotzki. Indem sie ihn ehrerbietig zitierten, versuchten sie, in seinem Namen ihren armseligen, pseudo-marxistischen Plunder abzustoßen.

am Prinzip einer herrschenden Klasse, die im Besitze der Produktionsmittel und Güter ist, festhalten, bezw. auf Grund der ökonomischen Verhältnisse darüber nicht hinauskommen, kämpft das Proletariat für die Enteignung der Produktionsmittel und Güter aus dem Besitze der bürgerlichen Klasse zugunsten der ganzen Menschheit. Denn durch die Vergesellschaftung der Arbeit (der Großbetrieb, Technik und die industrialisierte Landwirtschaft), wie sie der Kapitalismus zum Nutzen einer kleinen Minderheit, der besitzenden Klasse, entwickelt hat, sind die historischen Voraussetzungen für den Sozialismus geschaffen worden. Die proletarische Revolution enteignet die besitzende Klasse und setzt an Stelle der kapitalistischen Produktionsanarchie die Planwirtschaft, sie zerschmettert die Lohnsklaverei (Ausbeutung der Arbeitskraft zum Nutzen der Besitzenden) und stellt die Technik in den Dienst der gesamten Menschheit, der Klassenstaat, der Staat überhaupt stirbt ab, übrig bleibt die Wirtschaftsorganisation der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die Nationalsozialisten propagieren unter der Flagge „Sicherung des sozialen Aufstieges jedes einzelnen“ das schmutzige Karrieristentum, das Emporklettern einzelner auf den Rücken der großen Masse. Damit popularisieren sie nur den Wunschtraum der entworfenen Intellektuellen und solcher, die sich als Intellektuelle dünken. Das Kleinbürgertum, das vom Kapitalismus und seiner alle Götter und Wirtschaftsheroen vom Thron stürzenden Krise zermalmt, sozial auf das Lebensniveau des Proletariats herabgedrückt wird und fluchtartig die traditionellen bürgerlichen Parteien verläßt, sammelt sich unter der Fahne des Hakenkreuzes, getrieben vom Haß gegen das in seiner Lebenslage ihm mehr und mehr gleichgestellte Proletariat, um durch die Zertrümmerung der letzten politischen und sozialen Rechte des Proletariats, seine bevorzugte Position als ergebener Lakai der herrschenden Kapitalistenklasse auf Kosten der entrechteten Arbeiterklasse wieder beziehen zu können. Der Faschismus treibt unter der trügerischen Phrase „Volksgemeinschaft“ das Klassen- und Kastensystem zur letzten Konsequenz. Herrenklasse — Lakaienklasse und Paras. Nur besonders ergeben oder rücksichtslosen Kreaturen soll der Aufstieg vom Proletariat zum Bürgertum gewährleistet sein. Diese Idee ist nicht originell, sie ist so alt wie der Kapitalismus. Das Proletariat kann Bände füllen, die den Werdegang ehemaliger Arbeiter, die die soziale Stufenleiter emporklimmen, erzählen. Sie waren meist die schlimmsten Arbeiterfeinde. Denn sie wollten damit in ihrem in der bürgerlichen Gesellschaft herrschenden Kastengeist ihre Herkunft zu verwischen suchen. Hier offenbart der Faschismus seine ganze Arbeiterfeindlichkeit, denn er stempelt den manuellen Arbeiter, von dem die ganze Gesellschaft lebt, als den sozial Tiefstehenden. . . . Indem er den einzelnen sozialen Aufstieg verspricht, lockt er die ganze Klasse für seine konterrevolutionären Absichten. Aber selbst diesen verlockenden Aufstieg des Einzelnen vermag der Nationalsozialismus nicht zu erfüllen. Zur Macht gelangt, würde er genug damit zu tun haben, seine Hauptkaders, das ganze deklassierte Kleinbürgertum (Offiziere, Beamte, Adelige usw.) mit Futterkrippen zu versorgen. Außerdem stößt das Bürgertum durch die Konzentration des Kapitals immer neue Schichten ins Kleinbürgertum, so daß es für den Arbeiter noch viel weniger (wenn überhaupt noch eine) Gelegenheit gäbe, sich emporzuarbeiten oder gar seine Kinder studieren zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

Sie gehen krebsen

Die Brandlerianer haben den Wahlausgang in Oesterreich, Deutschland und Frankreich wieder dazu benützt, um an die Parteimitglieder ein Flugblatt zu versenden.

Vor wenigen Tagen gab Schlamme auf einem Diskussionsabend der Rechten der Meinung Ausdruck, daß er bisher noch geglaubt habe, daß die KP und KI zu retten sei, aber jetzt immer mehr daran zweifle und die „Hoffnung habe, daß sich die SAP zu einer kommunistischen Partei entwickeln werde. Und dieser Schlamme, der die Zuversicht auf die revolutionäre Kraft hunderttausender Kommunisten verloren hat, sucht in den sozialdemokratischen Zentristen Seydewitz und Rosenfeld die revolutionäre Partei des Proletariats.

Daß Schlamme überhaupt noch im Namen der kommunistischen Rechtsopposition schreibt, läßt uns Schönfelder auf, der im erwähnten Diskussionsabend sagte: „Wenn wir heute noch nicht in der SAP sind, so hat dies nicht politische Ursachen, sondern geographische.“

Damit bestätigen die Brandlerianer nur, was wir letzthin von ihnen gesagt haben, sie sind der abgefallene Ast des in der Komintern herrschenden Zentrismus. Und so lange sie das nicht begreifen, werden sie sich entweder immer mehr zur SP entwickeln oder als Kapitulant vor den Toren der KP stehen. Der Brandlerismus hat keine eigenen ideologischen Wurzeln, er wuchert am kranken Körper der kommunistischen Internationale.

„Besinnt Euch!“

Die geistigen Waffen, die Frey der Stalinbürokratie gegen die Linksoption liefert, zwingen uns, abermals zu den Sumpfbildern der „Frey-Stimme“ mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen. In der letzten Ausgabe (Nr. 100) läßt die „Frey-Stimme“ (nicht zum erstenmal) folgende Gelehrsamkeit vom Stapel:

„Dieser Nationalkommunismus (darunter versteht Frey im Wesen die russische Art des deutschen Nationalsozialismus. Anm. d. Red.) ist die Preisgabe der internationalen Revolution. . . Die kommunistischen Parteien sind nicht mehr Hebel der Weltrevolution, sondern Hebel des nationalrussischen (!) Aufbaues.“

Es ist klar, daß sich diese „Auffassung“ in ebenso scharfem Gegensatz mit den Auffassungen der internationalen Linksoption befindet, wie sie übereinstimmt mit dem schmutzigen Verleumdungen des Berliner „Vorwärts“, dem Organ der Noske- und Hindenburg-Sozialisten. Diese konterrevolutionären Episteln konnte man außer im „Vorwärts“ und bei Karl Kautsky nur noch — gekleidet, wie bei Frey, in einem Binkel Gelehrsamkeit — in den Blättern der An-

archisten und Syndikalisten finden. Der Ruf „Besinnt euch!“, den die „Frey-Stimme“ an die Parteimitglieder richtet, hallt zurück als revolutionärer Haß gegen die Schändlinge der kommunistischen Bewegung. Besinnung wäre vor allem und zuerst bei den wenigen ehrlichen Wiener Arbeiterelementen angebracht, die sich für eine solche „Politik“ noch mißbrauchen lassen. Unfähig, marxistisch die Probleme des stalinischen Zentrismus zu erfassen, begelert der Kleinbürger Frey die kommunistische Bewegung und landet dabei bei den schlimmsten Feinden des Kommunismus.

Diese Freysche Gelehrsamkeit führt dazu, daß seine Jünger in Oraz, jedem, der es hören will, verkünden, daß von Stalin zu Hitler nur ein Schritt sei, und so zu Zureibern Hitlers werden. In Floridsdorf (Wien) trafen Parteigenossen in einer Naziverammlung den Verleumdungen und Lügen des Wiener Gauleiters der Nazi über Sowjetrußland, dem berühmten Frauenfeld, entgegen. Darauf zog Frauenfeld die „Arbeiter-Stimme“ aus der Tasche, und las den asiatischen Söldlingen, wie er unsere Parteigenossen nannte, etwas aus der „Hölle in Rußland“ vor. Er konnte sich dabei noch auf den „Links“-Asiaten Frey berufen. Frey ist weder Kommunist noch Trotzki, er ist ein rabiatler Kleinbürger, der die kommunistische Bewegung begelert, weil sie sein „Oenie“ verkennt hat.

Jugkommunisten verlassen die Partei

Im Oktober 1931 haben mehr als 100 Jungarbeiter im II. Bezirk der sozialdemokratischen Jugendorganisation den Rücken gekehrt und sind der kommunistischen Jugend und Partei beigetreten. Sie hatten es satt, die verärrerische Politik der sozialdemokratischen Führung mitzumachen. Einstellung der Arbeitslosenunterstützung an Jugendliche, geschlossene Lehrlingsheime, gesteigerte Not auf der einen Seite, Steuerbesenke an die Kapitalisten, Rothschildsanierung unter tätiger Mithilfe der SP-Führer (Staatskapitalismus) usw. auf der anderen Seite; all das brachte es diesen Jugendlichen klar zum Bewußtsein, daß der von der Sozialdemokratie gepredigte Weg der Demokratie die Arbeiter in Elend und Untergang führt. Sie wollten den Kampf aufnehmen für ihre Interessen als Arbeiter, das war der Sinn ihres Beitrittes zur KP.

Ein halbes Jahr ist seither vergangen. Von den mehr als 100 Beigetretenen sind, während diese Zeilen geschrieben werden, kaum noch ein halbes Dutzend Mitglieder der KP. Und diese paar Genossen stehen knapp vor dem Austritt. Alle anderen aber, die als ehrliche Kämpfer zur KP kamen, sind heute zum Teil wieder in der SP, zum Großteil aber indifferent.

Wäre dies ein Einzelfall, es wäre wahrlich für alle denkenden Kommunisten Grund genug, darüber nachzudenken, nach den Ursachen zu forschen und die Fehler sofort auszubessern. Ist dies aber ein Einzelfall? Wir fragen: Wo sind all die Tausende ehrlicher Kämpfer, die im Laufe der letzten 5 Jahre (von früher gar nicht zu sprechen) zur Partei kamen? Nur vereinzelt sind in der Partei geblieben. Die Masse steht außerhalb der Partei, wurde indifferent!

Nur die Schüller, Kopenig, Herrmann wissen sich zu trösten. Fluktuation! Kann man nichts machen. „Nur leistungsfähige Leute, nur Feinde der Partei“, verkünden sie als neue „revolutionäre“ Theorie, „können denken, daß die Partei auf dem gleichen Wege (des Erfolges) bis zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, bis zum Siege der proletarischen Revolution fortschreiten werde.“ (Nach der RF vom 30. April aus der „Pravda“.)

Für die Arbeiter-Kommunisten darf die Sache damit abgetan sein. Wir müssen nach den wirklichen Fehlern suchen, ohne uns um das Gekläff der Bürokraten zu kümmern. Die Entscheidung, ob wir deshalb „Feinde der Partei“ sind, ist nicht bei den Bürokraten.

Lassen wir einen führenden Genossen der obenerwähnten Gruppe sprechen. „Wir haben“, sagt Oen. Kn., der uns seit 1926 als ehrlicher Kämpfer bekannt ist, „in einer Bezirkskonferenz der SAJ mit überwältigender Mehrheit den Beschluß gefaßt, aus der SAJ aus- und der KJ beizutreten. Wir wußten, daß die KP klein und schwach ist. Doch betrachteten wir es als unsere Aufgabe, die Partei zu stärken, unsere ganze Kraft für die Verbindung der Partei mit den Massen einzusetzen. Nach anfänglichen Erfolgen stießen wir bald auf Schwierigkeiten. Wir sahen, daß die Schreibweise der „Roten Fahne“, deren Ursache die Theorie vom „Sozialfaschismus“ ist, uns den Weg zu den Massen versperrt, also die SP-Bonzen stützt. Wir haben uns alle Mühe gegeben, die Genossen von der Verderblichkeit dieser Politik zu überzeugen. Vergebens! Wir sind darauf gekommen, daß die Ursachen nicht in Wien liegen, sondern international sind. Die Hauptursache, daß auch in Oesterreich dieser verderbliche Weg beschränkt wird, ist die Bürokratie.“

So richtig diese Genossen die Lage beurteilen, so falsch ist die Konsequenz, die sie daraus ziehen, wenn sie sich von jeder politischen Arbeit zurückziehen.

Parteigenossen! Wollt ihr weiter zusehen, wie man die Partei zugrunde richtet und damit das Proletariat der SP-Bonzokratie zutreibt und dem Faschismus hilft? Macht Mode mit der Parteibürokratie! Setzt eine offene Diskussion über die Fragen der Einheitsfront durch! Es ist schade um jeden Arbeiter, der dem Kampf verloren geht. Fordert die Wiederaufnahme der Linksoption in die Partei!

Während die Bürokraten gegen uns eine Pogromstimmung zu erzeugen versuchen, schreiten wir unentwegt vorwärts. In der nächsten Woche wird die Gruppe II./XX. der KLO ihre erste konstituierende Sitzung und dann allwöchentlich einen Diskussionsabend abhalten. Ein Schritt weiter im Kampf Vorwärts zur Gesundung der Partei!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortliche Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novargasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborsstraße 52b.

Aus der Internationale Für die Einheit

An alle Gruppen der Linken Opposition der Komintern (Bolschewiki-Leninisten).

Werte Genossen!

Die internationalen Verhältnisse und besonders die weitentscheidenden Ereignisse in Zentraleuropa erfordern die schärfste Konzentration der revolutionären Kräfte. Die Ereignisse in Deutschland gestalten sich immer bedrohlicher für das Proletariat. Die KPD, beherrscht von der Stalinfraktion, droht von den Ereignissen zerstückelt zu werden. Sie zu sammeln um das Banner der linken Opposition, ist unsere elementare Aufgabe. Der Sieg der deutschen Revolution ist ohne eine leninistisch geführte Komintern unmöglich.

Mit Bleigewichten der Spaltung beladen humpelt die Internationale Linksoption welthistorischen Ereignissen entgegen, die mehr denn je eine geschlossene Front und eine schlagfertige internationale Führung erfordern würden.

Mit Hinblick darauf, daß Oen. Trotzki den Brief der deutschen Reichsleitung vom 9. Dezember unbeantwortet ließ, also dem Problem der Einigung aus dem Wege ging, schlagen wir vor, die Frage der Einigung der internationalen Linksoption auf der Basis einer möglichst kurz gefaßten Prinzipienklärung öffentlich aufzurollen und international zur Diskussion zu stellen.

Es muß politische Klarheit geschaffen werden. Klarheit darüber, was die Einheit der internationalen Linksoption hindert.

Der Wille zur Einheit und die Tatsache, daß das Gemeinsame der getrennt marschierenden internationalen Linksoption unvergleichlich größer und tiefergehend ist als das Trennende, sind die unverbrüchlichen Bürgen der Einheit; vorausgesetzt, daß beiderseits dieser Wille und Erkenntnis vorhanden ist. Sind sie vorhanden, dann kann der Einheit kein ernstes Hindernis mehr entgegenstehen.

Wir fordern die internationale Fraktionsleitung und alle Gruppen auf, daß sie ihre Stellungnahme zu unserem Vorschlag unverzüglich im „Intern. Informationsdienst“ bekanntgeben.

Mit kommunistischem Gruß für die Exekutive der Österreichischen Linksoption Oesterreichs: Karl Daniel.

Wien, am 17. April 1931.

Was uns Arbeiter schreiben.

Von der Schinderbude Finze A. G. Graz.

Diese Schinderbude ist bereits jedem Arbeiter von Oesterreich bekannt, auch „Kinderfabrik“ genannt. Brutale Ausbeutung der Jugendlichen, Jungs und Mädels von 14 bis 18 Jahren, mit einem Verdienst von S 9.—, 10.—, 11.—, 12.—, 13.— bis 18.—, 19.— in der Woche. Das Antreiberwesen wurde aufs äußerste, von seiten der Direktion und Meister gefördert und ausgebaut. Trotz brutaler Ausbeutung der Jugendlichen, trotzdem die Metallwarenfabrik Finze A. G. ihren Profit ungeheuer steigern konnte, hatte sie ihren Betrieb ab Montag, den 18. April auf 4 Wochen eingestellt; angeblich wegen „Absatzmangel“.

Es wurde die Belegschaft von 5—600 Arbeitern entlassen, und nach einem Monat wird der Betrieb die Arbeit wieder aufnehmen. Das heißt, daß alle ihre erworbenen sozialen Rechte (Urlaub usw.) verloren haben. Viele werden wieder von den alten Beschäftigten eingestellt, aber bei neuerlich reduzierten Löhnen und Akkordsätzen, um noch mehr die Hungerpeitsche auf euch Finzeproleten niedersausen zu lassen.

Finzearbeiter, kämpft für die Schaffung der proletarischen Einheitsfront, schafft Aktionsausschüsse, um dem Treiben der Unternehmer ein Ende zu machen. Bei Wiederaufnahme der Arbeit wählt aber einen revolutionären Betriebsrat, der eure Interessen vertritt und euch nicht so wie bisher im Stiche läßt.



Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helft mit, Abonnenten werben.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnrufgruppe) bei. Beitrittserklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/I, und Pendl, Neubaugasse 33/I, abzugeben und zu haben.



Lenin an die Arbeiter

Die Geschichte lehrt uns, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur durchzumachen, das heißt der Eroberung der politischen Macht und gewaltsamen Niederhaltung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschneudenden Widerstandes, welcher immer von den Ausbeutern geleistet wird. Die Bourgeoisie selbst, deren Herrschaft jetzt von Sozialisten verteidigt wird, die sich gegen die „Diktatur überhaupt“ aussprechen und mit Leib und Seele für die „Demokratie überhaupt“ eintreten, hat ihre Macht in den zivilisierten Ländern durch eine Reihe von Aufständen, Bürgerkriegen, durch gewaltsamen Sturz der Königsherrschaft, der feudalen Sklavenhalter und Unterdrückung ihrer Restaurationsversuche erobert. . . . Daher ist die jetzige Verteidigung der „bürgerlichen Demokratie“ in Roden über „Demokratie überhaupt“ und das jetzige Getzeter gegen die Diktatur des Proletariats ein direkter Verrat am Sozialismus.